

schiedlichen Kirchen der ganzen Welt zwar benannt, aber es bleibt beim Reden. Es gibt viele Millionen Lateinamerikaner in den USA und in Europa, aber sie fühlen sich dort nicht als Missionare. Sie haben nie eine missionarische Mentalitätsbildung erfahren, wie sie früher in Irland oder in Westeuropa im 19. und 20. Jahrhundert ausgeprägt war. Dieses missionarische Bewusstsein baut auch auf einer Wertschätzung der eigenen Kultur, des eigenen Landes und der eigenen Geschichte auf. Bis heute haben die Völker Lateinamerikas dagegen noch immer ein Gefühl der Unterlegenheit. Sie sehen es als Fortschritt, im Ausland zu studieren. Dabei verharren sie allein in der Absicht des Lernens im Ausland, und realisieren nicht die Chance des Lehrenkönnens. Sie greifen den Lebensstil entwickelter Länder auf und sehen keine Perspektive, diese zu evangelisieren. Die Ideologie der Globalisierung fördert in jedem Land der „Dritten Welt“ die Überlegenheit der „Ersten Welt“ und das Gefühl der Notwendigkeit, sich in Abhängigkeit von ihr begeben zu müssen. Das Volk meint, das sei normal. Die Priorität für die „Dritte Welt“ besteht noch immer in der Überwindung der kolonialen Unterdrückung. Das ist das zentrale politische Problem. Die demokratischen Regierungen scheitern darin, die Völker zu diesem neuen Bewusstsein zu führen. Den neuen Regierungen scheint das jedoch zu gelingen. Da liegt die Herausforderung.

Aus dem Portugiesischen übersetzt von Dr. Arnd Bünker

Das Christentum und der globale demokratische Prozess

Felix Wilfred

„Ich verkünde nicht die Frohbotschaft der Demokratie; ich verkünde die Frohbotschaft des Evangeliums; Teil der Frohbotschaft sind natürlich auch alle Probleme der Menschenrechte; und wenn Demokratie Menschenrechte meint, dann gehört sie auch zur Botschaft der Kirche.“

Johannes Paul II. bei einer Pressekonferenz auf dem Flug nach Südamerika 1987

Demokratie hat sich im allgemeinen Bewusstsein der Menschheit so sehr als unwiderlegbarer Standard menschlichen Verhaltens etabliert, dass selbst die autoritärsten Regime eine demokratische Maske anlegen und barbarische Diktatoren gern unter dem Banner der Demokratie mitmarschieren. Wahr ist jedoch, dass wir uns in einer Periode befinden, in der nicht einmal die Hälfte der

Menschheit zur Demokratie hin unterwegs ist und diese selbst dort, wo sie zu existieren scheint, in einer tiefen Krise steckt.

Es gibt viele Anzeichen für einen kritischen Zustand der Demokratie als Regierungsform. Um nur einige zu nennen: Die Menschen sind eher politische Zuschauer denn aktiv Beteiligte geworden, worauf die schwindende Anzahl von Bürgern hinweist, die in den verschiedenen Weltregionen ihr Wahlrecht ausüben; die gewählten Volksvertreter betrügen das Volk, auf dessen Vertretung sie Anspruch erheben, mit skandalöser Korruption und Vorteilsnahme; weiter gibt es die böswillige Einmischung globaler Machtstrukturen und die von Habgier geprägten Wirtschaftsinteressen, wodurch die Demokratie vielfach zur Heuchelei verkommt. Und schließlich hat ein „Strukturwandel der Öffentlichkeit“¹ stattgefunden – jener Öffentlichkeit bzw. Zivilgesellschaft, die für den Bestand einer Demokratie so entscheidend ist. Die Öffentlichkeit wird vom Staat in Beschlag genommen; der Markt und die Medien bieten dem Volk die Droge des Konsums an, um sie für eine aktive politische Beteiligung unempfindlich zu machen.² Um es zusammenzufassen, denke man nur an die 300 Millionen Chinesen einer neuen Generation zwischen 20 und 29 Jahren, deren Einkommen in den letzten drei Jahren um 34 Prozent in die Höhe geschneit ist; Demokratie ist vielleicht das Letzte, was ihre Herzen erwärmen könnte!³

Auch müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass heute, in der Welt nach dem 11. September, Demokratie im Kampf gegen den Terrorismus zu einer ideologischen und rhetorischen Waffe umgepolt wird. Während der Terrorismus seine Fangarme immer weiter über die ganze Welt ausstreckt, bleibt doch der wichtigste Punkt der, dass Demokratie als Regierungssystem zum Scheitern verurteilt ist, wenn es nicht von einer *demokratischen Vision und einer demokratischen Geisteshaltung* getragen wird. Ein von Geist und Vision einer Demokratie beseeltes System wird sich zuallererst um den Aufbau einer gerechten Ordnung kümmern, der Vorbedingung für eine nachhaltige wirksame Demokratie. *Die Demokratie wird ihrerseits ein Instrument zur Schaffung von Gerechtigkeit sein, und kein Zwangsmittel (ironisch genug!) in den Händen des Imperiums.*

Der Autor

Felix Wilfred, geb. 1948 in Tamilnadu, Indien, ist Professor an der Schule für Philosophie und religiöses Denken der Staatsuniversität von Madras. Als Gastprofessor lehrte er an den Universitäten von Nijmegen, Münster, Frankfurt am Main und Ateneo de Manila. Er war Mitglied der Internationalen Theologischen Kommission des Vatikans und ist Vorsitzender der Theologischen Vereinigung Indiens. Seine Forschungsinteressen liegen quer zu den klassischen Disziplinen auf den Gebieten der Human- und Sozialwissenschaften. Veröffentlichungen u.a.: Leave the Temple (1992); From the Dusty Soil. Reinterpretation of Christianity (1995); Theologie vom Rand der Gesellschaft. Eine indische Vision (2006). Für CONCILIUM schrieb er zuletzt „Christentum und religiöser Kosmopolitismus“ in Heft 1/2006. Anschrift: University of Madras, Dept. Of Christian Studies, Chepauk, Madras, Indien. E-Mail: fwilfred@satyam.net.in.

Wie wichtig religiöse Wurzeln für eine Demokratisierung sind, zeigt sich in einer der wesentlichen Einsichten von Alexis de Tocqueville: Mitte des 19. Jahrhunderts verglich er die französische und die amerikanische demokratische Tradition in einem interessanten Punkt: Die Französische Revolution endete in Terror, in

einer Gegenrevolution und der Errichtung eines Despotismus, wohingegen es - Tocqueville zufolge - der amerikanischen Revolution gelang, eine Demokratie zu etablieren, da sie die religiösen Wurzeln der Gleichheit aller Menschen bewahrte, während diese sich im Fall der Französischen Revolution in nichts aufgelöst hatten.⁴ Diese Verknüpfung mit der religiösen Tradition - in diesem Fall mit dem Christentum - könnte man in der neuen demokratischen Welle, die sich in verschiedenen Ländern der Welt ausbreitet, wiedererkennen.

Der Einfluss des Christentums auf den modernen politischen Prozess

Der moderne politische Ordnungsprozess spiegelt das Wesen einer Maschine wider: Die demokratische Maschinerie hält routinemäßig Wahlen ab, hat Repräsentationsaufgaben, bildet politische Parteien usw. „Die Wahlkabine, in der wir unsere Stimmzettel abgeben, ist fraglos zu klein, denn diese Kabine hat nur Platz für einen Einzigen.“⁵ Mit dieser prägnanten Formulierung unterstreicht Hannah Arendt die Grenzen eines mechanischen Typs von Demokratie. Was heute fehlt, sind ein *demokratischer Geist und die Bedingungen für seinen nachhaltigen Bestand*. Wie im Fall der Revolution, so ist auch Demokratie allein für sich noch keine Antwort auf die Frage, wie Menschen zu regieren sind, es sei denn, sie wird von einer wirklichen Beteiligung des Volkes getragen, die durch unterschiedliche Strukturen und Möglichkeiten an der Basis ermöglicht ist.

Könnten nun das Christentum und die Religion im Allgemeinen für den Bestand von Demokratie und für eine Beteiligung des Volkes einen Beitrag leisten? Welche Möglichkeiten hat das Christentum, sich am heutigen demokratischen Prozess zu beteiligen und zur Entstehung demokratischer Strukturen und zur Weckung einer demokratischen Einstellung beizutragen? Wo steht es heute in Anbetracht der Herausforderungen der Demokratie und was hat es zum Prozess der Demokratisierung anzubieten?

Das sind die Fragen, die im heutigen globalen Kontext zu stellen sind. Bei Skeptikern und hartgesottenen Vertretern eines Säkularismus konnten die Ereignisse in den letzten Jahrzehnten in Spanien, Brasilien, Chile, Südafrika, Malawi, Nicaragua, Polen, Litauen, den Philippinen, Südkorea, Ost-Timor usw. wohl nur Unglauben hervorrufen. Die Religion, im Besonderen das Christentum, scheint bei der Schaffung einiger Bedingungen für die Entstehung von Demokratie eine entscheidende Rolle gespielt zu haben. Samuel Huntington macht darauf aufmerksam, dass von den dreißig Ländern, die zwischen 1974 und 1990 den Weg zur Demokratie eingeschlagen haben, drei Viertel überwiegend katholisch waren.⁶

Was sich für den Prozess der Demokratisierung von großem Nutzen erweist, ist die *Art und Weise, wie christlicher Glaube von den einfachen Leuten gelebt wird*. Das Modell christlicher Basisgemeinden und Gruppen zum Beispiel war nicht nur für die Förderung einer partizipatorischen und dynamischen christlichen Lebenswei-

se von Bedeutung; es hat auch weiterreichende politische Relevanz. Weiter müssen wir die Tatsache in Betracht ziehen, dass viele christliche Basisgruppen sich einem unkritischen Konformgehen mit dem Staat und seinen Zielen verweigern, da sie wissen, dass das Wohl der Gesellschaft mit dessen Zielen nicht völlig übereinstimmt; diese Gruppen engagieren sich lieber selbst für eine Verteidigung der Menschenrechte. Die christlichen Basisgemeinden und Gruppen könnten ein wichtiges Mittel sein, Demokratie an der Basis zu praktizieren und den Missbrauch von Macht festzustellen. *Wo immer Machtmissbrauch durch Christen prophetisch herausgefordert wurde, hing dies tatsächlich mit den Aktivitäten an der christlichen Basis zusammen. Hier würde das Christentum wirklich stärkere Wurzeln finden, um sich vom Evangelium her der Demokratie anzunähern, als die, welche eine liberale Demokratie anzubieten hat.* In der Tat, eine der Krisen der Demokratie hat darin ihren Grund, dass ihre Verwurzelung im Liberalismus, der vorherrschenden Ideologie, die bei Demokratie vornehmlich an sich selbst denkt, ihren Bestand nicht nachhaltig absichert. Sie braucht festere Grundlagen.

Das mehrdeutige Verhältnis des Christentums zur Demokratie

Bei einer Neukonzeption des Zusammenhangs von Christentum und Demokratie können wir aus der Geschichte des Christentums eine ganze Menge lernen. Auf der einen Seite lassen seine Praktiken im Großen und Ganzen eine Ablehnung demokratischer Denkmuster erkennen, da es sich fest hinter einer *hierarchischen Denkweise* verschanzt hatte. Auf der anderen Seite ist die christliche Botschaft, vor allem wie sie in den frühen Jahrhunderten gelebt wurde, von einer demokratischen Haltung, vom Geist aktiver Beteiligung und Solidarität usw. erfüllt. Sodann gibt es im Umfeld des Christentums, was dessen Position gegenüber der Demokratie angeht, eine Doppeldeutigkeit. Ungeachtet der vielen in der christlichen Vision verborgenen demokratischen Samenkörner und Ressourcen war die Geschichte des Christentums doch von einer hierarchischen und zentralistischen Form des Regierens geprägt. Von Geist, Vision und Inspiration her ist das Christentum eigentlich demokratisch. Leider ging dieses mit ihm innerlich verknüpfte erhabene Ideal im Zuge der Aufklärung verloren, die zwar die Demokratie enthusiastisch pries, aber beide, Christentum und Demokratie, zu Gegensätzen erklärte. Das war möglich, weil das Christentum in seiner historischen Praxis mehr die Monarchie, Hierarchie und andere Regierungsformen unterstützte als die demokratische. So verwundert es wenig, wenn Imperatoren und Diktatoren von Konstantin bis Salazar und Franco zur Festigung ihrer Regime sich auf das Christentum berufen und wenn das katholische Christentum in der Moderne mit faschistischen Regierungen in Italien und Deutschland ohne weiteres Konkordate abschließen konnte.

Auf geistesgeschichtlicher Ebene konnte man einen *politischen Augustinismus* beobachten – eine Unterwerfung der irdischen Stadt unter die Stadt Gottes, was

in der Geschichte des Christentums zur Entwicklung theokratischer Tendenzen beigetragen hat - Tendenzen, die in Anbetracht des Aufkommens souveräner Staaten und der Demokratie als reaktionäre Kraft dienten.⁷ Kurz gesagt, das Christentum sendet ein verwirrendes Signal aus: Die eine Hand reicht es der Demokratie hin, die andere hält an Hierarchie, Zentralismus und einem absoluten Autoritätsanspruch fest. Dieser Widerspruch spiegelt sich die ganze Geschichte hindurch bis in die Tradition der Reformation hinein wider. Denn Luther versuchte zwar zu beweisen, dass der einfache Gläubige auf religiöser Ebene unabhängig sei und keine religiösen Mittler und angebliche Stellvertreter Gottes bräuchte, die ihn leiten, konnte sich aber zugleich mit despotischen Fürsten gegen das Volk und die Bauern verbünden. Diese Fürsten waren ja, so meinte er, nicht dem Volk, sondern allein Gott verantwortlich.

Um die gemeinte Sache anders auszudrücken: Es lassen sich in der Beziehung des Christentums zur Demokratie zwei breite Strömungen feststellen: zunächst einmal der frühchristliche demokratische Aufbruch. Wir treffen hier auf eine Konzeption von Gesellschaft, die auf der Verschiedenheit der Gnadengaben, Charismen und dem Zusammenwirken zum Wohl der Gemeinschaft beruht. Dies ist im Grunde eine, von Geist und Wesen her, demokratische Konzeption von Gesellschaft.

Sodann hat es zweitens den autoritären und zentralistischen Entwurf eines *spirituellen Totalitarismus* gegeben. Er bildete ein Gegengewicht gegen die Entwicklung von Demokratie. Verantwortlich dafür war eine falsche Darstellung der Idee der Stellvertretung. Der Anspruch kirchlicher Amtsträger, sie seien Stellvertreter Gottes und Christi usw. führte zu einer *Verabsolutierung* von Macht, obwohl genau das Gegenteil hätte eintreten müssen - eine *Relativierung* von Macht. Mit anderen Worten: *Die Souveränität Gottes, die uns eigentlich an die Relativität aller menschlichen Unternehmungen erinnern sollte, wird - und das ist das Paradoxe - dazu benutzt, absolute Macht zu beanspruchen, die menschlichen Vertretern übertragen sei.* So geschah es im Verlauf der christlichen Geschichte. Eine solche Position wurde durch die Aufklärung und eine politische Theorie der Demokratie philosophisch in Frage gestellt. Heraus kam dann ein unechter Konflikt zwischen einer theologischen Orientierung, die auf dem Gedanken einer göttlichen Stellvertretung beruhte und einer philosophischen Konzeption von Demokratie als Vertretung des Volkes.

Demokratisierung als Absage einer Verabsolutierung jeglicher Macht

Heute müssen wir auf der einen Seite gegen das Konzept der Stellvertretung als Mittel der Verabsolutierung Einwände erheben, auf der anderen jedoch Demokratie mit spirituellem Elan erfüllen. Eigentlich sagt Demokratie ja nur, dass der Vertretungsgedanke eine Beziehung zum Volk hat. Doch Demokratie kann auch das Gegenteil bewirken, wenn dieser Gedanke verabsolutiert wird. Dann nämlich

würde sie sich selbst aufgeben: Sie wäre keine Demokratie mehr. Aus christlicher Sicht ist der demokratische Impuls fest in der Tatsache verankert, dass alle Machtsysteme relativiert werden - einerseits durch die Souveränität Gottes, andererseits durch die Bildung menschlicher Gemeinschaft in Freiheit und Kame-radschaft.

Die Relativierung von Macht, die jeder Form menschlichen Regierens als Wesens-zug innewohnen sollte, steht, zumindest im Prinzip, im demokratischen System auf sicheren Füßen. Das sichtbarste Beispiel dafür ist die von der Demokratie bereitgestellte Möglichkeit eines Übergangs von Macht. In anderen Systemen findet kein Machtübergang aus freien Stücken statt (etwa im Totalitarismus, in der Diktatur usw.), oder er ist auf die Familie bzw. den Clan beschränkt wie bei der Monarchie, oder er vollzieht sich nur auf dem Weg einer gewaltsamen Revolution mit katastrophalen Folgen.

Demokratie bekräftigt die Wahrheit, dass Macht relativ ist, zeitgebunden, und dass kein Mensch an ihr festhalten kann, ohne, was ihr Ausmaß und ihre zeitliche Ausübung angeht, Grenzen unterworfen zu sein. Mit anderen Worten, Demokratie stellt sich gegen eine *Stagnation* von Macht und steht für deren *Zirkulation*. Der zeitlich begrenzte Charakter eines leitenden Amtes lässt erkennen, dass Macht auf dem Weg der Zirkulation zum Volk, von dem sie ausging, zurückkehrt, indem es seine Vertreter immer wieder neu wählt. Auf diese Weise bringt Demokratie ein System hervor, das die christliche Sicht von Macht mit ihren transzendenten Wurzeln widerspiegelt. „Du hättest keine Macht über mich, wenn es dir nicht von oben gegeben wäre“ (Joh 19,11); die Volksvertreter in einer Demokratie hätten keine Macht, wenn sie ihnen nicht vom Volk gegeben wäre - und die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes (*vox populi vox Dei*).

Die Relativierung von Macht, welche die Demokratie von der Idee her gesehen beinhaltet, findet ihren Ausdruck auch in der *Gewaltenteilung*: Macht wird von verschiedenen Trägern, der legislativen, exekutiven und rechtsprechenden Gewalt, ausgeübt. Es ist purer Autoritarismus, wenn diese sich aufblähen und Macht einem einzigen Organ übertragen wird. Diese Gewaltenteilung, die jeder absolutistischen Form von Macht fehlt, ist *das* zentrale Merkmal von Herrschaft in einer Demokratie. Auf diese Weise wird das Prinzip gegenseitiger Kontrolle und des Machtgleichgewichts zu einem Bestandteil des demokratischen Systems, wodurch sich ein Machtmissbrauch und eine Ausbeutung des Volkes verhindern lassen. Ursprünglich bestand in den frühkirchlichen Gemeinden eine weitgehend auf die Teilung von Macht abgestimmte Sicht und Praxis, sofern die verschiedenen Dienste auf eine Vielfalt von Ämtern verteilt waren - was dem Wohl der Gemeinschaft gut tat (1 Kor 12,4ff). Eine der wichtigsten Aufteilungen von Macht war das Amt, *eine Gemeinde zu leiten und ihr eine Struktur zu geben* (Ex 18,13-27; Deut 1,9-18); sie unterschied sich von der Lehrautorität, die ihre eigenen Merkmale hatte und selbständig war. Leider kam es im Laufe der Zeit zu einer Konzentration von Macht in einem einzigen Amt, was den Weg auch zu einer Entdemokratisierung in der Kirche frei machte.

Ein christliches Ideal von immens großer Wirkung auf die demokratische Form des

Regierens ist der Gedanke, dass jede Form von Autorität dem Dienst an der Gemeinschaft verpflichtet sei. In gleicher Weise, nämlich als Dienende, haben jene, die als Vertreter des Volkes in einer Demokratie die Gemeinschaft leiten, *diesem Volk gegenüber eine Rechenschaftspflicht*; das Volk seinerseits soll von seinen Vertretern Transparenz fordern sowie freien Zugang zu allem notwendigen Wissen und allen notwendigen Informationen. Das Recht des Volkes auf Information in allen Angelegenheiten, die es betreffen, ist heute ein bedeutsames Instrument, Macht unter Kontrolle zu halten, damit sie nicht missbraucht wird. Geheimhaltung ist die Waffe der Mächtigen, und Demokratie kann sich dort voll entfalten, wo der Mythos der Geheimhaltung, oft von einer Aura der Sakralität umgeben, aufgesprengt wird und das Volk zu allen Informationen, die es betreffen, freien Zugang hat. Das gilt ebenso sehr für die größere Gesellschaft wie für die Kirche.

Hehre platonische Ansprüche

„[D]as Aufsprießen des demokratischen Gedankens in der Geschichte [ist] eine Offenbarung des christlichen Geistes.“⁸ So umschreibt Jacques Maritain die Beziehung des Christentums zur Demokratie. Sein Ansatz leidet freilich insofern an einem gewissen platonischen Idealismus, als er beide Wirklichkeiten in ihren rein ideellen Formen zueinander in Beziehung setzt und ihrem *Zusammenspiel im Laufe der Geschichte* keine Aufmerksamkeit schenkt. Was er von der geschichtlichen Verwirklichung zu sagen hat, bleibt auf der ideellen Ebene stecken: Das Versagen der Demokratie wird einer Abkehr vom Glauben und von den Lehren der Kirche angelastet.⁹ Er neigt dazu, dem Christentum einen Kredit zu gewähren, den die Geschichte in der von ihm beschriebenen Weise nicht absichert. Es dürfte aber nicht korrekt sein zu behaupten, Maritain identifiziere einfach Demokratie und Christentum – das lässt sich schwerlich halten im Lichte seines übergreifenden Gedankens, dass das Christentum unter keine bestimmte politische Form subsumiert werden könne, da es sie alle transzendiere. Was er jedoch zu sagen versucht, ist, dass Demokratie jene Regierungsform ist, die dem Christentum am nächsten steht, was auch mit seiner Sicht eines christlichen Humanismus übereinstimmt. Die von ihm vorgebrachten Gründe jedoch sind heute alles andere als zufriedenstellend. Dieser Punkt muss wohl neu bedacht werden.

Auf jeden Fall kann man sich heute nicht auf Maritains Position berufen, um eine rechtsgerichtete, konservative christliche Einstellung zu untermauern, die behauptet, Demokratie brauche das Christentum.¹⁰ Wir könnten hier eine Nostalgie für die mittelalterliche Christenheit heraushören. Heute jedoch sollte der Zusammenhang zwischen Christentum und Demokratie nach einer anderen Richtung hin neu konzipiert und ausgearbeitet werden als in jener, welche neokonservative Positionen einzuschlagen scheinen.

Nehmen wir das Beispiel des postkommunistischen Polen. In diesem Land, wo fast die gesamte Bevölkerung katholisch ist, ist nicht eine einzige christdemokratische Partei entstanden. Die Bedingungen nämlich, unter denen christlich-demo-

kratische Parteien in Westeuropa auftauchten, haben sich erheblich geändert. Sie treffen auf das postsozialistische Polen nicht mehr zu. Die Kirche spielte in Polen und in vielen Weltregionen jedoch die Rolle einer Zivilgesellschaft, da es in diesen Ländern keine solche gab. Das Christentum konnte sich daher dem totalitären Regime in der früheren DDR und dem Apartheid-Regime in Südafrika furchtlos entgegenstellen und so demokratische Wellenbewegungen auslösen. Das Zeugnis der Kirche und ihre Unterstützung der Demokratie werden umso stärker und wirkungsvoller sein, wenn ihre Interventionen undemokratische Regimes und Mächte im Namen eines anderen Wertesystems herausfordern - und nicht um des eigenen kirchlichen Überlebens willen.

Das Christentum und die globalen Wurzeln der Demokratie

Es gibt zwei Mythen, die in der Welt herumgeistern: Der erste Mythos behauptet, Rationalität sei ein Monopol der westlichen Tradition, der zweite, Demokratie sei ein Produkt der westlichen Kultur. Es besteht keine Notwendigkeit, auf den Eurozentrismus solcher Ansichten näher einzugehen. Worum es mir hier geht, ist die Gefahr, die Verknüpfung zwischen Christentum und Demokratie über die griechische Tradition herzustellen. Es gibt kaum ein im Westen verfasstes Buch über Demokratie, das die Ursprünge der Demokratie nicht bei den Griechen ausmacht, und das trotz der offenkundigen Tatsache, dass die griechischen Stadtstaaten, in denen „Demokratie“ angeblich ihren Ursprung habe, Sklaverei praktizierten und die Frauen von einer Beteiligung am öffentlichen Leben und den Beratungen zum Gemeinwohl ausschlossen. Mein Vorschlag ist, dass in Anbetracht solcher *Ausgrenzungen* die von den Griechen praktizierte politische Regierungsform einen anderen Namen erhalten sollte als den der Demokratie.

Wir möchten bei der Herstellung einer Verknüpfung von Christentum und Demokratie lieber bei den *globalen Wurzeln der Demokratie* ansetzen. Von der griechischen Zwangsjacke befreit, wird das Christentum bereitwillig in einen offenen Dialog und in Interaktion mit den reichen demokratischen Traditionen der verschiedenen Völker eintreten und dazu *beitragen, die lokalen demokratischen Praktiken und Traditionen zu stärken und voranzubringen*. Diese Traditionen können in Asien, Afrika und bei den eingeborenen Völkern von Amerika, Ozeanien und anderswo gefunden werden. Außerdem haben ethnische, *gender*-bedingte und kulturelle Unterschiede der Demokratie neue Dimensionen erschlossen, die sie von Gleichmacherei und der Gefahr befreien können, eine spezifisch westlich geprägte kulturelle Form von Demokratie zu verallgemeinern.

So ist zum Beispiel die *Sangha*¹¹ (die lokale buddhistische Gemeinde) viel radikaler und steht dem heutigen Ideal von Demokratie viel näher als die „Demokratie“ Athens (die, wie wir sahen, Frauen und Sklaven keine Mitwirkungsrechte zugestand). Denn die *Sangha* machte zwischen dem sozialen Status des Geschlechts (*gender*), zwischen Klassen bzw. Rassen keinen Unterschied: Frauen wie Männer,

„Unberührbare“ wie Brahmanen, Bauern wie Fürsten konnten in der *Sangha* auf der Basis der Gleichheit an den gemeinsamen Beratungen teilnehmen und ihren Beitrag leisten. Dies sei, wie Seine Heiligkeit der Dalai Lama erklärt, der Gleichheit aller Menschen, die der Buddhismus anerkennt, geschuldet.

„Als buddhistischer Mönch empfinde ich Begriff und Praxis der Demokratie nicht als fremdartig. Steht doch im Zentrum des Buddhismus der Gedanke, dass das Potential für ein Erwachen und für Vollkommenheit in jedem Menschen präsent ist, und dass es auf die persönliche Anstrengung ankommt, dieses Potential zu verwirklichen. Der Buddha verkündet, dass jede Person, ob Mann oder Frau, ihr Schicksal in eigenen Händen hält, und unterstreicht damit, dass jeder und jede die Erleuchtung auch tatsächlich erreichen können müsse. Wie der Buddhismus so gründet die moderne Demokratie auf dem Prinzip, dass alle Menschen gleichen Wesens sind [...]“¹²

Und was das demokratische *Verfahren* angeht, so verweisen wir auf die Beispiele buddhistischer Konzilien all die Jahrhunderte hindurch, die als Symbol für Konsensbildung und Konfliktlösung durch Diskussionen und Beratungen gelten.

Demokratie, Totalitarismus und Kapitalismus – Verschlossenheit und Offenheit gegenüber der Zukunft

Ein wichtiger Zusammenhang zwischen Demokratie und Christentum zeigt sich, anders als im Totalitarismus, in der Zukunfts Offenheit von Demokratie. Demgegenüber ist der Totalitarismus in sich verschlossen. Heutige Interpretationen des Kapitalismus scheinen die ideologische Abkapselung, ähnlich der des Totalitarismus, übernommen zu haben.¹³ Für eine demokratische Denkweise ziemt es sich nicht zu behaupten, die Demokratie habe auf alle menschlichen Probleme eine Antwort, wie das der Totalitarismus und der Kapitalismus behaupten. In diesem Sinne steht der Kapitalismus dem Totalitarismus in Wirklichkeit näher als der Demokratie. *Demokratie bedeutet vielmehr, ein Umfeld oder ein Klima herzustellen, in dem der Einzelne und Gruppen sich voll entfalten können und die Tür für Alternativen und bisher unerforschte künftige Möglichkeiten offen zu halten.* Gerade hier können wir eine Affinität zwischen einer christlichen und demokratischen Denkweise erkennen.

Um es anders auszudrücken: Demokratie stellt die säkulare Version dessen dar, was der „*eschatologische Vorbehalt*“ sagen will, der von keiner einzigen Form menschlicher Organisation bzw. menschlicher Einrichtungen als der schlechthin letztgültigen ausgeschöpft wird. Es ist eins der tief im menschlichen Instinkt eingebetteten Bedürfnisse, in etwas Endgültigem Sicherheit zu suchen, wofür Menschen oftmals bereit sind, ihre Freiheit zu opfern. Daraus erklärt sich auch die Anziehungskraft des Totalitarismus.

Gegen einen solchen Impuls hat jedoch das Christentum im Namen Gottes und seiner absoluten Souveränität mit Hinweis auf das Reich Gottes, das in keiner bestimmten historischen Verwirklichung Gestalt annehmen kann, oft Einspruch erhoben. Es hat sich ohne Wenn und Aber das Programm Jesu zu eigen gemacht, den Kaiser zu entgöttlichen und alle Machtsysteme zu relativieren: „So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört“ (Mt 22,21). *Es gibt einen Bereich menschlichen Lebens, der über die Grenzen des kaiserlichen Imperiums hinausgeht.* In enger Nachfolge Jesu hat das Frühchristentum die Göttlichkeit eines irdischen Herrschers und eine absolute Souveränität des Staates bestritten. Der Gedanke der Souveränität Gottes hat eine entzaubernde und prophetische Wirkung: Er nimmt jeder Macht den Anspruch, sich selbst absolut zu setzen und zeigt damit, dass menschliche Macht und seine Ausübung relativ sind.

Ein zweiter Bereich, wo sich zwischen den Idealen des Christentums und der Demokratie eine Affinität feststellen lässt, wäre die *Förderung des Pluralismus als eines Garanten für eine sichere Zukunft der Menschen.* Wenn auch eine liberale Auslegung der Demokratie möglicherweise Zweifel aufkommen lässt, wie denn Demokratie in der Praxis Pluralismus bedeuten könne, so ist doch, zumindest im Prinzip, diese Form des Regierens mehr als alle anderen darauf eingestellt, den Pluralismus zu fördern. Wenn auch in bestimmten Führungssystemen, wie zum Beispiel dem imperialen, Pluralität geduldet wurde¹⁴, so wird der Pluralismus in der Demokratie doch zu einem legitimen Recht und ist nicht bloß ein Zugeständnis aus Gründen politischer Zweckdienlichkeit oder aus anderen Überlegungen.

Wenn wir vom Pluralismus sprechen, so sollte die Demokratie den Schutz von Minderheiten zu einem ihrer wichtigen Anliegen machen. In der heutigen Zeit, wo Minderheiten zu einer wichtigen globalen Frage geworden sind, wird ein christlicher Beitrag darin bestehen, der Demokratie eine solche Richtung zu geben, dass diese zu einem Instrument zum Schutz von Minderheiten wird. Es gibt nämlich eine gewisse Schwäche im demokratischen System, das Rousseau sehr gut formuliert hat:

„Indessen wird gefragt, wie kann ein Mensch frei sein und zugleich gezwungen werden, Willensentscheidungen zu befolgen, die nicht die seinigen sind. Wie können die Opponenten frei und zugleich den Gesetzen unterworfen sein, denen sie nicht zugestimmt haben?“¹⁵

Wenn Majorisierung Demokratie sein soll, dann wäre das Christentum der Demokratie wesensfremd. Denn das Christentum versteht seine Aufgabe als Schutz der Kleinen, der Schwachen sowie der machtlosen Minderheitsgruppen. Von daher bestünde die Aufgabe von Christen darin, die „Tyrannei der Mehrheit“ anzufechten. Noch brisanter wird das Problem im Fall permanent bestehender Minderheiten, wie kleiner ethnischer Gruppen und Identitäten in einem Nationalstaat. Hier besteht die Notwendigkeit, zum Schutz wehrloser Minderheitsgruppen und ihrer legitimen politischen Ausdrucksformen auf lokaler Ebene konkret einzuschreiten.

Es ist leicht einzusehen, warum das Christentum heute sich um die *Repräsentanz von Minderheiten* kümmern sollte. In einer Welt, wo die demographische Zusammensetzung von Gesellschaften aufgrund hoher Mobilität, Migration usw. aus vielen ethnischen und kulturellen Gruppen besteht, ist das ein Gebot der Stunde. Die Krise und das Versagen der Demokratie hat wirklich viel mit der Art und Weise zu tun, wie man an die Minderheitenfrage herangeht. Das pluralistische Prinzip könnte gewahrt bleiben, wenn man die Banalisierung der Demokratie zu einer bloßen Mehrheitsregierung und zur andauernden Unterwerfung ethnischer und sprachlicher Minderheiten unter den Willen der Mehrheit überwindet. Das stünde in klarem Widerspruch zur geistigen Verfasstheit der Demokratie.¹⁶

Letztlich sollte in jeder Gesellschaft eine wirklich demokratische Lebensweise vom Geist der Einheit in Pluralität beseelt sein. Hier erschließt uns das Frühchristentum einen reichen Schatz an Hilfen, um die Demokratie als Symbol des Zusammenlebens im Geist der Einheit in Verschiedenheit (1 Kor 12,4-6; 10,17) zu legitimieren und zu unterstützen. „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau [...]“ (Gal 3,28). Wir stellen im Frühchristentum auch eine zum Prinzip erhobene Bereitschaft fest, in Zeiten der Not materielle Mittel mit anderen Gemeinden zu teilen. Leider wurde bisher noch zu wenig getan, um dieses theologische Motiv mit Bezug auf die gegenwärtigen globalen demokratischen Anstrengungen weiterzuentwickeln.

Umformung der Demokratie zu einem Weg zur Gerechtigkeit

Was noch zu selten hinreichend begriffen wird, ist, dass Ungleichheit eine Demokratie untergräbt, das heißt, dass jede Verknüpfung von Demokratie und Christentum die Frage zu beantworten hat, in welchem Maß Letzteres zur Herstellung von Gerechtigkeit und Überwindung sozialer Ungleichheiten einen Beitrag leistet.

„Soziale Ungleichheit behindert eine Demokratisierung und untergräbt die Demokratie, wenn zwei Bedingungen vorliegen: erstens wenn Unterschiede, die es immer gibt (wie ich mich zum Beispiel vom Nachbarn unterscheide) aufgrund von Rasse, Gender, Klasse, ethnischer Zugehörigkeit, Religion und ähnlichen Gruppierungen verschiedenster Richtung sich zu normalen kategorialen Unterschieden verfestigen; zweitens, wenn diese kategorialen Unterschiede direkt in öffentliche Politik umgesetzt werden. Vor den 1990er Jahren förderte das südafrikanische Regime nicht nur die Verfestigung normaler, als „rassebedingt“ angesehener Unterschiede zu massiven materiellen Ungleichheiten, sondern schrieb sie direkt in politische Rechte und Pflichten um.“¹⁷

Der Liberalismus verspricht Freiheit und politische Wahlmöglichkeiten. Doch was bedeutet das schon angesichts fortbestehender rassischer und geschlechtsbegründeter Ungleichheiten? Der Kapitalismus vermag den Eindruck zu er-

wecken, er sei ein Verbündeter der Demokratie, indem er so tut, als ermögliche er Freiheit. In Wirklichkeit führt er zu Ungleichheiten, die letztlich eine demokratische Regierungsweise bedrohen; in diesem Fall flüchtet der Kapitalismus unter die Flügel von Diktatur und autoritären Systemen und gedeiht dort - wo er wahrscheinlich auch wirklich hingehört.

Ein Demokratisierungsprozess lässt sich aus einer gärenden Unruhe als Triebkraft zu mehr Gleichheit und aus der Entschlossenheit erklären, soziale, kulturelle wie auch politische Ungleichheit zu überwinden; ein Prozess der Entdemokratisierung erklärt sich aus der Anhäufung von Ungleichheiten über die Belastungsgrenzen hinaus. Kurz gesagt, Demokratisierung ist kein linearer Prozess, sondern hat Höhen und Tiefen, und die Bewegung zu mehr Demokratie hängt unabdingbar mit der Herstellung von Bedingungen für soziale und ökonomische Gleichheit zusammen, wohingegen ein Entdemokratisierungsprozess mit dem Fehlen solcher Bedingungen verknüpft ist.

Eine dieser entscheidenden Bedingungen ist der Zugang zu den ökonomischen und kulturellen Ressourcen und eine breitgestreute Chancengerechtigkeit über alle ethnischen, kulturellen und *gender*-bedingten Grenzen hinweg. Unter den gegenwärtigen Umständen wird ein Hauptbeitrag des Christentums zum demokratischen Prozess darin bestehen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Demokratie entstehen und fortbestehen kann.

Demokratie zu einem Instrument der Gerechtigkeit umzuformen bedeutet für die Volksvertreter, das Volk, das sie demokratisch regieren, nicht in *abgehobener Neutralität* zu vertreten. Egal, von welcher Wählerschaft bzw. Gruppe sie gewählt werden, sollten sie alle die Armen vertreten, indem sie dem Wohl der Schwachen und Marginalisierten einen Vorrang einräumen. Eine christliche Einstellung zur Demokratie kommt nicht daran vorbei, sich von der Mitte der Frohen Botschaft Jesu leiten zu lassen, der Liebe Gottes zu den Armen und seiner Sorge um sie. Der Geist des Evangeliums kann uns aufrütteln und helfen, Demokratie aus einem mechanisch verstandenen Vertretungsgedanken heraus zu einer Art des Regierens umzuformen, wo alle Abgeordneten zu *Vertretern der Armen und Schwachen* in der Gesellschaft werden.

Die Geschichte bezeugt, dass nicht die Armen für ein absolutes Machtsystem und eine Entdemokratisierung verantwortlich sind; ganz im Gegenteil. Dies geht vielmehr auf das Konto der Eliten, der Mächtigen und Wohlhabenden und deren Manipulationen. Heute sind es die Dalits Indiens (die „Unberührbaren“)¹⁸, die Massen im ländlichen China, die ausgegrenzten und ohnmächtigen ethnischen Minderheiten, die eingeborenen Völker in den verschiedenen Regionen der Erde, die sich am leidenschaftlichsten um die Demokratie Sorgen machen. Im Fall von Indien und China

„wurde der Druck zur Demokratisierung so verstanden, für die ländlichen Produzenten erweiterte Vollmachten und Rechte zu fordern, Änderungen der Sozialstruktur anzumahnen, einschließlich der Klassen-, Kasten-, ethnischen und Geschlechterbeziehungen. Schlimm bleibt die ernste Lage der Bevölkerung in beiden Nationen speziell im

ländlichen Raum, wie die Unruhen und die Unzufriedenheit auf dem Land deutlich zeigen, da die Entwicklungs- und Demokratieprobleme dort kaum noch zu kontrollieren sind und weil wir dort bedeutende Veränderungen wahrnehmen, die sich auf die nationale wie globale Dynamik auswirken. ¹⁹

Daher ist ein Eintreten der Christen für die Armen und ihre Ziele auch ein Eintreten für Demokratie; und ein Bündnis mit den Eliten, in welcher Form auch immer, bedeutet für das Christentum ein Risiko und lässt es als Helfershelfer autoritärer Systeme erscheinen. Die Option für die Armen ist somit auch eine Option für Demokratie. Der Gerechtigkeit und der Sache der Armen ist mehr gedient, wenn man ihnen in ihrem besonderen lokalen Kontext zu Mitwirkungsrechten verhilft.

Kultur und Spiritualität der Demokratie

Die Bedeutung einer Kultur der Demokratie ergibt sich aus der Tatsache, dass sie nicht immer in ruhigen Wassern gemächlich dahinsegelt. Oft ist es ein Segeln auf stürmischer See. Daher kann sie, wenn es keine in Kultur verankerte Demokratie gibt, leicht zur Beute eines absoluten Herrschaftssystems werden.

„Die Aussichten auf eine stabile Demokratie in einem Land verbessern sich in dem Maße, in dem seine Bürger und Führungskräfte ganz entschieden für demokratische Ideen und Praktiken eintreten. Als verlässlichste Stütze erweist es sich, wenn solche Überzeugungen und Neigungen fest in der Kultur des Landes verankert sind und in ihrer Mehrheit von einer Generation zur anderen weitergereicht werden. Mit anderen Worten, das Land besitzt dann eine demokratische politische Kultur.“ ²⁰

So könnte es eine Aufgabe des Christentums sein, eine Kultur und Atmosphäre zu schaffen, in der Demokratie gedeihen und sich voll entfalten kann. Es könnte sich auf die spirituelle Vision der alttestamentlichen Propheten zurückbesinnen, welche die leidenschaftlichsten Kritiker einer politischen Ordnung (Monarchie und Theokratie) waren, die das Volk nährte, aber dessen Interessen vergaß. Ebenso können wir natürlich in der Vision Jesu einen machtvollen Ansporn für eine Umsetzung jener Ideale entdecken, für die Demokratie entsteht. Das Apostelkonzil in Jerusalem (Apg 15) und die Konzilien der frühen Kirche waren Beteiligungsprozesse, um Entscheidungen herbeizuführen und Konflikte zu lösen. Historisch gesehen sind es die Vision der Propheten und das Leben Jesu – nicht die Demokratie Athens noch die Stadtstaaten der Renaissance –, welche „christliche Abweichler“ (Marsilius von Padua, Savonarola, Arnold von Brescia, die Wiedertäufer, Quäker und andere) inspirierten, Mächte und Herrschaften herauszufordern und welche die unteren gesellschaftlichen Schichten anspornten, für eine demokratische Revolution zu kämpfen. ²¹

Das demokratische System mit solchen Leitbildern zu erfüllen, ist ein mühseliges

Unterfangen. Dazu braucht es die Kultivierung einer Spiritualität der Demokratie. *Denn im Tiefsten ist der Kampf um Demokratie ein spiritueller Kampf.* Er bedeutet, den Anderen – den Einzelnen und das Kollektiv – als Weggefährten auf der gleichen Reise anzunehmen, gerechte Beziehungen zu praktizieren und das Gemeinwohl über die Verlockungen der Selbstsucht zu stellen. Der demokratische Weg ist mühevoll, denn er erfordert ständige politische Wachsamkeit und Aktivität. Demgegenüber ist es ein leichter Pfad, seinen Willen und seine Freiheit dem Willen eines Despoten anheim zu stellen, der sogar im Namen Gottes den Anspruch auf Autorität erhebt. Leben die Kirchen in ihren Ortsgemeinden jedoch aus dem Geist der Partizipation, so lösen sie auch in der Gesellschaft demokratische Vibrationen aus und könnten so einen Beitrag leisten, sie auf demokratischen Kurs zu bringen.

Die Verwundbarkeit der Demokratie und das Schreckgespenst von Rückschlägen

Wir brauchen eine Kultur und Spiritualität der Demokratie auch deshalb, weil die Geschichte uns vor Augen führt, wie verwundbar Demokratie sein kann und wie sie ständig von Rückschlägen bedroht ist. Monarchie, Theokratie, Diktatur und andere ähnliche Regierungsformen erwecken gefühlsmäßig den Eindruck von Sicherheit, Entschlossenheit und Stabilität. Verglichen mit diesem Eindruck ist die Demokratie ein schlechter Wettbewerber. Anstatt widerstandsfähig zu sein, ist sie hochgradig verwundbar. Linke oder rechte Kräfte können sie leicht übernehmen, wie uns das demokratische Experiment der Weimarer Republik in Deutschland vor dem Krieg demonstriert hat. In solchen Situationen schwenken auch die Kirchen, um ihre Interessen zu verteidigen, auf die Linie der Diktatur ein, anstatt die Demokratie trotz ihrer Verletzlichkeit zu unterstützen. Beispiele dieser Art gibt es genug, nicht nur in Europa, sondern auch in Lateinamerika.

Im Vergleich zum hochentwickelten Westen, der zwangsläufig demokratisch zu sein hat, wird die Wahrscheinlichkeit einer stabilen Demokratie in den sich entwickelnden Ländern als gering eingeschätzt – so die Annahme. Doch wenn es auf dem europäischen Kontinent vor nicht allzu langer Zeit zum Faschismus und Nazismus kommen konnte, welche Garantie haben wir, dass die Demokratie im Westen stabil sein wird, nicht aber in anderen Gegenden?

Einer solchen Ansicht liegt letztlich die Annahme zugrunde, dass *Markt und Demokratie* zusammenhängen. Weil der Markt im Westen erfolgreich war, nimmt man an, dass die Demokratie stabil sei. Für viele ist der Erfolg das unausgesprochene Kriterium für den Triumph der Demokratie. Sich auf den Markt als einen Garanten für Demokratie zu verlassen, ist etwa so, wie wenn man den Dieb zum Nachtwächter seines Hauses macht. Wenn das Christentum sich von seinem traditionellen Euro-Zentrismus lösen will, sollten seine demokratischen Gehversuche den universalen Charakter, den die Kirche beansprucht, widerspiegeln. Es

sollte sich, wie schon bemerkt, auf die globalen Wurzeln der Demokratie zurückbesinnen.

Wir sollten uns endlich von einer statischen Vorstellung von Demokratie verabschieden, als sei sie ein für allemal zu erreichen und festzuhalten, und die Nationen der Welt nicht von dieser Voraussetzung her einteilen. Eine dynamischere und realistischere Sicht der Dinge wäre es, in Erwägung zu ziehen, *dass sich in jeder Nation und Gesellschaft Prozesse der Demokratisierung wie der Entdemokratisierung in variierenden Abstufungen vollziehen.*

Wie kann ein Land als demokratisch gelten, wenn es Immigranten unter Missachtung aller internationalen Normen die Staatsbürgerschaft verweigert und nur engstirnige chauvinistische, ethnisch-nationale Überlegungen gelten lässt? Die Nationen des Westens verfehlen mit ihrer schamlosen inhumanen Einwanderungspolitik auf erbärmliche Weise ein bedeutendes Kriterium für Demokratie: die *Aufnahmebereitschaft*. Hier tritt ein Trend zur Entdemokratisierung in Erscheinung. Deshalb gibt es in jeder Gesellschaft immer eine Mischung von beiden, von ernsthaft demokratischen Bestrebungen auf der einen und von Gegenkräften auf der anderen Seite.²² *Es ist die Pflicht jedes Christen, den demokratischen Prozess in der eigenen Nation zu stärken und den der Entdemokratisierung zu bekämpfen.*

Die Geschichte eines Landes wie Frankreich vermittelt uns ein anschauliches Bild davon, wie viele Rückschläge der demokratische Weg hinnehmen musste. Demokratie ist ein ständiger Kampf, und es gibt keine Garantie, dass es ohne Rückschritte abgeht. Das Schreckgespenst von Rückschlägen bedroht jede Demokratie, und Gefahren können sich mit sich verändernden sozialen und ökonomischen Bedingungen von innen her entwickeln. Wir dürfen hier daran erinnern, dass das demokratische Experiment in Deutschland mit der Wirtschaftskrise endete, die für Hitler und die Einführung einer nazistischen Ideologie den Weg frei machte. Diese Geschichte sagt uns, dass Demokratie kontinuierliche Unterstützung braucht, indem man die Souveränität des Volkes und seine Mitwirkung fördert. Das und nichts anderes macht die Demokratie zu einer *radikalen politischen Option*, was auf die liberale Demokratie nicht zutrifft.

Außerdem darf man die Souveränität des Volkes nicht mit der Souveränität eines Nationalstaates im engeren Sinne gleichsetzen. Ein christliches Verständnis von Demokratie bejaht zwar Identität, Pluralität und Verschiedenheit, wird aber gegen jede Aufblähung der Souveränität des Volkes durch Erhebung der Nation zum Götzen Einspruch einlegen, da diese sich als Wurzel vieler Kriege und Gewalttätigkeiten erwiesen hat. *Die Souveränität des Volkes gewinnt ihre Bedeutung mit Blick auf die universale Gemeinschaft aller Menschen.* Souveränität des Volkes meint in diesem Zusammenhang den Aufbau einer Selbstverwaltung, wodurch das Volk die Chancen, seine Freiheitsräume durch Selbstbestimmung auszuweiten, vergrößert – eine Selbstbestimmung, an der es direkt durch Mitwirkung oder indirekt durch Vertretung Anteil hat.²³

Schlussbemerkungen

Wir halten an der Demokratie fest, da sie eine Form des Regierens ist, in der Menschen ihre Fähigkeiten am besten entfalten können, und da dies ein zentrales christliches Anliegen ist. Trotz ihrer vielen Schwächen hat sich die Demokratie für eine immer vollkommenere Verwirklichung menschlicher Ideale als besonders geeignet erwiesen.

Getreu seinem Universalitätsanspruch sollte das Christentum die Wurzeln der Demokratie bei den unterschiedlichen Kulturen und Traditionen der Völker überall auf der Welt suchen und sich nicht in der griechischen und westlichen Tradition und deren Erbe häuslich einrichten. Demokratie ist keine Fertigware. *Keine* Form von Demokratie ist so ideal, dass sie zum Modell werden könnte. Sie ist ein unvollendetes Projekt. Zu meinen, Demokratie sei gebrauchsfertig und bräuchte nur importiert zu werden, verrät zu sehr die Züge einer mechanistischen Konzeption.

Das Christentum könnte inzwischen seine zwiespältige Geschichte gegenüber der Demokratie in der Vergangenheit zu den Akten legen und eine neue Seite aufschlagen, indem es hilft, einige der „dornigen“ Probleme und Herausforderungen unserer Zeit zu lösen. Diese beziehen sich auf den Schutz der schwächeren Schichten und Minderheiten, die Verteidigung eines sozialen und kulturellen Pluralismus, die gerechte Verteilung der Ressourcen, eine engagierte Beteiligung des Volkes in Angelegenheiten des Gemeinwohls und die Kontrolle und Eindämmung jedes Machtmissbrauchs durch das Volk. Das sind heute die notwendigen und tragenden Pfeiler, um die Demokratie als Regierungsform und als Lebensweise auf Dauer zu sichern. An seinem Lösungsbeitrag ließe sich die Bedeutung des Christentums für den demokratischen Prozess ablesen. Weiter könnte es bei der Förderung einer demokratischen Kultur und Spiritualität eine wichtige Rolle übernehmen. Diese müsste dann mit einer Konzeption der Machtbeteiligung sowie letztlich einer Relativierung aller Formen von Macht freilich auch theologisch untermauert werden.

Warum konnte das Christentum in einigen Fällen einen wirksamen Einfluss auf den demokratischen Prozess ausüben, in anderen Kontexten jedoch nicht? Ich meine, die Antwort liegt in der Effektivität, mit der die Botschaft von sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten und Pluralismus in den verschiedenen Kontexten in die Praxis umgesetzt wurde. Wo die Kirche sich für Gerechtigkeit und Menschenrechte rückhaltlos einsetzte, war auch der davon ausgehende demokratische Impuls signifikant und effektiv. Er hat das Volk in die Lage versetzt, anti-demokratische und autoritäre Kräfte mit Kritik herauszufordern und die zum Dienst am öffentlichen Wohl Bevollmächtigten zur Verantwortung zu ziehen. Zweitens hat die Unterscheidung zwischen politischer Macht und dem Bereich der Religion (anders als im Modell überwiegend christlicher Länder) der Kirche letztlich geholfen, dem Staat gegenüber eine Kontrollfunktion auszuüben, und mit Unterstützung der Protestaktionen des Volkes und seinem Anspruch auf Mitwirkung hat sie einen demokratischen Prozess in Gang gesetzt.

Die liberale Demokratie hat zwar beim Niederreißen von Machtstrukturen der Vergangenheit eine Rolle gespielt, aber die demokratische Beteiligung des Volkes nicht nachhaltig gesichert. So gibt es eine zunehmend anschwellende demokratische Bewegung unter den Armen. Sie am demokratischen Prozess zu beteiligen ist *das Mittel* zur Sicherung von Gleichheit, Würde und Überleben. Das zeigt sich in vielen sozialen Bewegungen auf lokaler Ebene. *Es ist die Leidenschaft der Armen, welche die Demokratie heute vorantreibt, nicht das Diktat des Imperiums.* In diesem Kontext kann das Christentum aufgrund seiner Sichtweise, seiner Praxis und spirituellen Ressourcen eine die antidemokratischen Kräfte in die Schranken weisende Rolle spielen und sich mit den demokratischen Bestrebungen des Volkes verbünden.

Die Zukunft des Christentums als eines Anwalts der Demokratie wird davon abhängen, in welchem Maße es die offensichtlich enge Verbindung von Kapitalismus und Markt mit der Demokratie in Frage zu stellen vermag. Eine Situation, in der Kapitalismus und Markt die Demokratie als Verbündeten zu gewinnen suchen, um strategische Positionen und Bedingungen für ihren Erfolg aufzubauen, fordert das Christentum heraus, deren antidemokratische Einstellungen und Praktiken aufzudecken und eine Sicht von Demokratie zu entwerfen, die im *Geist der Solidarität* ihren Schwerpunkt hat. Demokratie ist eine Lebensform, in der wir zu Partnern werden, die ein gemeinsames Schicksal mit anderen teilen.

¹ Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1990.

² Habermas idealisiert natürlich die europäische bürgerliche Öffentlichkeit des 18. und 19. Jahrhunderts. Das sagt wenig aus über Formen der Debatte bei den einfachen Leuten noch über weibliche Diskursformen, ganz zu schweigen davon, dass von der Art und Weise, wie Öffentlichkeit bei nichtwestlichen Völkern erfahren und gelebt wird, überhaupt keine Rede ist. Sie bestätigt lediglich die männliche, eurozentrische Sicht von Öffentlichkeit in Habermas' Denken. Dennoch gibt es einen allgemein gültigen Punkt: die Bedeutung von Debatten, Diskursen und Diskussionen überhaupt, die freilich nicht übertrieben werden darf.

³ Simon Elegant, *China's Me Generation. The New Middle Class - Young, Rich and Happy - Just Don't Mention Politics*, in: Time, 6. August 2007, 22-27.

⁴ Vgl. Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, Ditzingen 1985 (Frz. Original: *De la démocratie en Amérique*, 2 Bde., Paris 1835/1840).

⁵ Hannah Arendt, *Crises of the Republic*, New York 1972, 232.

⁶ Vgl. Samuel Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman 1991, 76.

⁷ Wir sollten den Beitrag von Abweichtlern wie Marsilius von Padua vermerken, der die Bedeutung einer Trennung von Kirche und Staat vorhersah, die sich für ein gesundes Funktionieren der Demokratie als wichtig erwiesen hat. Auf der anderen Seite verurteilt Papst Innozenz X. aufs schärfste das System souveräner Staaten als Folge des Westfälischen Friedens 1648. Dieses Übereinkommen war für ihn „null, nichtig, ungültig, ungeheuerlich, ungerrecht, grässlich, verwerflich, dumm, für alle Zeiten sinn- und wirkungslos“. So zitiert bei Daniel Philipott, *The Catholic Wave*, in: Larry Diamond u.a. (Hg.), *World Religions and Democracy*, Baltimore/London 2005, 103.

⁸ Jacques Maritain, *Christianity and Democracy*, London 1945, 38; deutsch: ders., *Christentum*

und Demokratie, Augsburg 1949, 48f. „Die demokratische Geisteshaltung entspringt nicht nur dem Geist des Evangeliums. Sie kann auch nicht ohne ihn fortbestehen“, ebd. 50.

⁹ Die Bedeutung von Maritains Denken ergibt sich auch aus dem großen Einfluss seines Denkens auf Paul VI. und Johannes Paul II.

¹⁰ Das scheint die Position von George Weigel, Joseph Weber und anderen zu sein.

¹¹ Vgl. Kirti Bunchua, *Buddhism and Democracy*, in: Waang Miao Yang u.a. (Hg.), *Civil Society in a Chinese Context*. The Council for Research in Values and Philosophy, Washington 1997, 95-103.

¹² Seine Heiligkeit Dalai Lama, *Buddhism, Asian Values and Democracy*, in: Larry J. Diamond u.a. (Hg.), *World Religions and Democracy*, aaO. 70-71.

¹³ Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1997. Deutsch: ders., *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?*, München 1992; ders., *Das Ende des Menschen*, München ³2002.

¹⁴ Vgl. Michael Walzer, *On Toleration*, New York 1997.

¹⁵ Jean Jacques Rousseau, *The Social Contract*, Harmondsworth 1968, 153; deutsch: ders., *Der Gesellschaftsvertrag*. Textkritische Ausgabe, Schutterwald 2002, 138.

¹⁶ Vgl. Neera Chandhoke, *Beyond Secularism. The Rights of Religious Minorities*, Delhi 1999.

¹⁷ Charles Tilly, *Democracy*, Cambridge 2007, 110.

¹⁸ Vgl. Felix Wilfred, *Dalit Empowerment*, Delhi ²2007; Jeffrey N. Wasserstrom/Elizabeth J. Perry (Hg.), *Popular Protest and Political Culture in Modern China*, San Francisco/Oxford ²1994.

¹⁹ Manoranjan Mohanty/Mark Selden, *Reconceptualising Local Democracy. Reflections on Democracy, Power and Resistance in Indian and Chinese Countryside*, in: Manoranjan Mohanty u.a. (Hg.), *Grassroots Democracy in India and China*, Delhi 2007, 459-477.

²⁰ Robert Dahl, *Democracy*, New York 1998, 157.

²¹ Vgl. John de Gruchy, *Christianity and Democracy: A Theology for a Just World Order*, Cambridge 1995, 57ff.

²² Vgl. Tilly, *Democracy*, aaO.

²³ In ihrer Analyse der Französischen Revolution bemerkte Hannah Arendt, dass sie erfolglos blieb, weil sie der Beteiligung des Volkes keine Aufmerksamkeit schenkte, auch wenn sie sich für die sozialen Frage engagierte.

Aus dem Englischen übersetzt von Franz Schmalz